



Interviews

Datum: 20. September 2026

Marcus Pindur im Gespräch mit John Bolton, ehemaliger Nationaler Sicherheitsberater der US-Regierung

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Pindur: Zum Interview der Woche im Deutschlandfunk begrüßt sie Marcus Pindur. Wir sprechen mit John Bolton, dem ehemaligen Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten Donald Trump während dessen erster Amtszeit.

Herr Bolton, Sie waren Nationaler Sicherheitsberater von US-Präsident Trump. Heute zählen Sie zu seinen schärfsten Kritikern. Was hat Ihre Sicht auf ihn verändert?

Bolton: Als ich Nationaler Sicherheitsberater wurde, ging ich davon aus, dass Trump wie jeder seiner Vorgänger die Last seiner Entscheidungen spüren würde. Gerade in der Sicherheitspolitik, wo so viel auf dem Spiel steht. Die Schwere der Themen und die Folgen seiner Entscheidungen würden, so dachte ich, für eine gewisse Disziplin sorgen. Das hätte kein bestimmtes Ergebnis garantiert, aber die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass die letztlich vom Präsidenten getroffene Entscheidung eine gute politische Entscheidung wäre.

Relativ schnell stellte ich jedoch fest, dass ich mich völlig geirrt hatte. Nichts diszipliniert Trump. Er hat keine politische Philosophie, keine übergeordnete Strategie für die nationale Sicherheit und denkt nicht einmal in klassischen politischen Kategorien. Er handelte transaktional, punktuell und ad hoc.

So war es in seiner ersten Amtszeit. Und wenn überhaupt, dann ist das in der zweiten Amtszeit noch schlimmer.

Pindur: Sie haben früher dafür plädiert, Iran wegen seines Atomprogramms militärisch anzugreifen. Das hat die USA inzwischen in eine kostspielige Sackgasse geführt. Glauben Sie weiterhin, dass man den Iran militärisch zum Einlenken zwingen kann?

Bolton: Die entscheidende Frage ist, welches Ziel man mit militärischer Gewalt verfolgt. Im Juni 2025 führten die USA und Israel den sogenannten Zwölf-Tage-Krieg

gegen Irans Atomprogramm. Für die USA war es faktisch ein eintägiger Einsatz, bei dem bunkerbrechende Bomben gegen drei zentrale Anlagen eingesetzt wurden.

Das hat das Atomwaffenprogramm schwer beschädigt. Trump erklärte anschließend, das Programm sei vollständig ausgelöscht worden. Das stimmt natürlich nicht.

Fest steht: Das Programm wurde deutlich zurückgeworfen. Man hätte es dabei belassen können, aber damit wäre das eigentliche Problem nicht gelöst worden. Seit Jahrzehnten vertrete ich die Auffassung, dass Frieden und Sicherheit im Nahen Osten nur durch einen Sturz des iranischen Regimes erreicht werden können. Das Regime selbst ist das Problem. Nicht nur die Atomwaffen. Nicht nur die Unterstützung terroristischer Gruppen wie Hamas, Hisbollah, der Huthis oder schiitischer Milizen im Irak sowie Anschläge in Europa und Nordamerika. Und das Regime unterdrückt zudem seine eigene Bevölkerung.

Ich habe versucht, Trump davon zu überzeugen, dass ein Regimewechsel das politische Ziel sein sollte. Schon in seiner ersten Amtszeit, allerdings ohne Erfolg.

Was er mit den Angriffen vom 28. Februar erreichen wollte, weiß ich nicht. Falls es ein Regimewechsel war, hat er nichts dafür vorbereitet. Ein Ziel zu benennen heißt nicht, dass es per Fingerschnipsen passiert. Trump entscheidet, ohne die Folgen zu bedenken, ohne mögliche Szenarien durchzuspielen. Das hat ihn in eine Lage gebracht, aus der er heute keinen Ausweg weiß.

Pindur: Aber wie würde eine Strategie für einen Regimewechsel im Iran aussehen? Und wie könnte sie umgesetzt werden?

Bolton: Wenn man das will, muss man vorher einige wichtige Schritte unternehmen. Erstens: Man muss die amerikanische Bevölkerung überzeugen, dass das Regime in Teheran eine so große Bedrohung ist, dass nur seine Beseitigung hilft. Das ist uns früher gelungen, etwa in Grenada und Panama. In Venezuela hat Trump das nicht getan. Maduro zu entfernen hat wenig verändert. Dieselbe Diebesbande regiert dort weiter. Man muss keine konkreten Pläne verraten. Aber man kann sagen: Dieses Regime bedroht uns und unsere Verbündeten, es verhindert Frieden im Nahen Osten, wir werden handeln – und dafür um Unterstützung werben. Auch im Kongress. Und man muss die Verbündeten einweihen. Trump hat nichts davon getan. Er hat weder die Bevölkerung noch den Kongress überzeugt. Er hat weder die NATO noch die Golfstaaten informiert, auch nicht Japan oder Südkorea. Und vor allem hat er nicht mit dem Widerstand im Iran zusammengearbeitet. Der ist sehr verbreitet, wenn auch schlecht organisiert. Er hätte die Opposition fragen können: Was braucht ihr? Geld? Kommunikationsmittel? Waffen? Ich glaube, eine funktionierende Regierung gibt es im Iran heute nicht mehr. Die Macht ist

fragmentiert. Menschen im Land könnten das Regime weiter destabilisieren, bis es sich nicht mehr halten kann. All das braucht Zeit. Diese Zeit hat Trump sich nicht genommen. Deshalb hat er, wie so oft, nicht durchdacht, was sein Ziel ist und was nötig wäre, um es zu erreichen.

Pindur: (Die USA verbrauchen im Krieg gegen den Iran derzeit Munition schneller, als sie sie ersetzen können. Besonders häufig wird über die Patriot-Systeme gesprochen. Ist der Konflikt mit Iran deshalb nicht eine möglicherweise gefährliche Ablenkung von anderen Krisenherden wie der Ukraine oder Taiwan?)

Bolton: Ich glaube, das wird übertrieben, auch wenn es ein Problem ist. Uns gehen nicht die Waffen aus. Aber anderswo steigt das Risiko, weil dort weniger Waffen verfügbar sind als nötig. Das Problem besteht seit Jahren. In beiden Parteien fehlte der politische Mut zu sagen: Die Bedrohungen verlangen einen höheren Verteidigungshaushalt. Seit dem Ende des Kalten Krieges wurde überall gekürzt. Auch Trumps Aufrüstung in der ersten Amtszeit reichte bei Weitem nicht. Die Ukraine war eine Warnung: Dort wurde viel mehr Artilleriemunition verschossen als erwartet. Spätestens damals hätte man erkennen müssen: Unsere Lagerbestände sind zu klein. Wir müssen Produktion und Kapazitäten ausbauen.

Existenzbedrohend ist das aber nicht. Trump hätte dieses Problem zu Beginn seiner Amtszeit angehen können, hat aber nichts unternommen. Das passt zu einer Bemerkung, die einmal über ihn gemacht wurde: Trump hat keine Ideen, er hat Reaktionen. Und jetzt reagiert er lediglich.)

Pindur: Trump hat die gesamte Militärhilfe für die Ukraine gestoppt, auch wenn europäische Staaten weiterhin amerikanische Waffen kaufen und an die Ukraine weitergeben können. Würden Sie als Sicherheitsberater empfehlen, die militärische Unterstützung der Ukraine durch die USA wieder aufzunehmen?

Bolton: Ich bin der Meinung, dass wir die Ukraine militärisch unterstützen sollten. Dabei geht es nicht immer darum, etwas zu verschenken. Biden hätte zu Beginn des Krieges sagen können: Wir liefern alles, was ihr braucht, um die erste russische Angriffswelle abzuwehren. Danach hätte man zu kommerziellen Käufen übergehen können.

Daran habe ich nichts auszusetzen. Den meisten amerikanischen Verbündeten verkaufen wir Waffen, und sie kaufen sie. Das ist ein normaler Vorgang unter Partnern.

Das hätten wir auch mit der Ukraine tun können.

Für Trump geht es dabei jedoch nicht um Bündnispolitik. Für ihn geht es ums Geld. Es ist ein Geschäft. Er denkt: Welchen Deal habe ich gemacht? Was habe ich daran verdient?

So betrachtet er die Dinge. Nicht strategisch, sondern transaktional.

Pindur: Die amerikanische Sicherheitsstrategie zeichnet kein Bild einer künftigen amerikanischen Zusammenarbeit mit Europa und den NATO-Partnern. Vielmehr wirkt das Dokument auf mich wie eine Art Scheidungsurkunde. Wie sehen Sie das?

Bolton: Ich denke, die Nationale Sicherheitsstrategie wurde von den Isolationisten in der Regierung geschrieben. Deren Argument: Wir haben uns weltweit übernommen. Wir haben keine echten Interessen in Europa oder im Nahen Osten. In Asien vielleicht ein paar – manche sehen nicht einmal die. Es ist ein politisches Papier. Viele Schlussfolgerungen, viel Ideologie, wenig zur Umsetzung. Das ist gut so, denn so richten sie weniger Schaden an. Ich halte das Papier für weitgehend substanzlos.

Pindur: Sie haben einmal gesagt, die Allianz zwischen Russland und China sei die größte Bedrohung des 21. Jahrhunderts. Die Trump-Regierung scheint sich aber an beiden Fronten zurückzuziehen.

Bolton: Trump sieht die Dinge grundsätzlich verkehrt.

Das ist ein gutes Beispiel dafür, wie er internationale Politik versteht. Er glaubt, wenn er persönlich mit einem ausländischen Staatschef befreundet ist, dann seien auch die Beziehungen zwischen den Staaten in Ordnung. Das stimmt natürlich nicht.

Persönliche Beziehungen spielen eine Rolle, wie überall im menschlichen Leben. Aber man ist nicht einfach mit Wladimir Putin befreundet, so wie Trump das glaubt. Putin weiß genau, wer ihm gegenübersteht. Xi Jinping ebenfalls.

Trump hält beide für Freunde und möchte sie deshalb nicht unter Druck setzen.

Neulich wurde er gefragt, welche Folgen es habe, dass China Iran mit Geheimdienstinformationen unterstützt habe, um amerikanische Schiffe und Stützpunkte ins Visier zu nehmen. Das tat er einfach ab. Vor wenigen Tagen sagte er zudem, er glaube nicht, dass Putin die NATO angreifen werde, obwohl Russland seit Jahren hybride Kriegsführung betreibt. Seine Begründung lautete: Er habe mit Putin darüber gesprochen.

Das ist ein geradezu kindliches Verständnis internationaler Politik und sehr gefährlich.

Pindur: Was mich besonders erstaunt: Trump stellt sich Putin nie entgegen. Er scheut jede ernsthafte Konfrontation. Woran liegt das?

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Bolton: Er will die Freundschaft nicht beschädigen. Nur daran denkt er. Ich war oft dabei, wenn er Putin getroffen oder mit ihm telefoniert hat. Ich kenne Putin seit kurz nach dem 11. September. Damals habe ich Verteidigungsminister Rumsfeld nach Moskau begleitet. Ich war immer froh, wenn ein Treffen mit Putin ohne Folgen blieb. Das war für mich schon ein Sieg.

Pindur: (Ich möchte keine Verschwörungstheorien verbreiten, aber kann es sein, dass hinter Trumps Weigerung, Putin zu konfrontieren, mehr steckt?)

Bolton: Bislang gibt es dafür keine belastbaren Belege. Allerdings wurde kürzlich berichtet, dass ein russischer Oligarch die Hochzeit von Trumps Sohn in erheblichem Umfang finanziert haben soll. Das wäre zumindest ein Interessenkonflikt und zeugt sicherlich von großer Unklugheit, weil es den Präsidenten in eine schwierige Lage bringt. Ich glaube jedoch eher, dass Trump schlicht überfordert ist, wenn es um den Umgang mit Mächten wie Russland und China geht.)

Pindur: In der nationalen Sicherheitsstrategie heißt es, das Verhältnis Europas zu Russland werde erhebliches diplomatisches Engagement der USA erfordern. Ich sehe von einem solchen Engagement wenig. Sie Sehen Sie das?

Bolton: Nein. Ich glaube, Trump versteht die Mechanismen von Bündnissen nicht. Bei uns gibt es die Redewendung: „Was hast du in letzter Zeit für mich getan?“ Genau so denkt er über Allianzen. Aber so funktionieren Bündnisse nicht.

Viele Amerikaner waren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion überzeugt, dass Europa zu wenig für seine Verteidigung ausgibt. In dieser Hinsicht hatte Trump Recht.

Die Art und Weise, wie er Europa davon überzeugen wollte, war jedoch kontraproduktiv.

Andererseits sagt das auch etwas über Europa aus. Jahrzehntlang haben höfliche Diplomaten wie ich erklärt, dass Europa mehr für Verteidigung ausgeben müsse. Das wurde weitgehend ignoriert. Und dann kam Trump und warf den Tisch um.

Pindur: Genau dadurch wurden die Europäer zu höheren Verteidigungsausgaben bewegt, was dringend nötig war. Inzwischen stimmt dem auch eine Mehrheit der Deutschen zu. Gleichzeitig scheint die aktuelle Regierung in Washington eher auf Distanz zu Europa zu gehen. Steuern die USA auf einen NATO-Austritt zu?

Bolton: Das würden manche Isolationisten gern sehen. Aber die NATO genießt im Kongress enorme Unterstützung. Viele Republikaner glauben sogar an eine stärkere NATO mehr als manche Demokraten. Das Problem ist: Sie lassen sich von Trump einschüchtern.

Das ist die gute und die schlechte Nachricht zugleich.

Die gute Nachricht lautet: Sie stimmen Trump eigentlich nicht zu. Die schlechte: Sie trauen sich nicht, das offen auszusprechen.

Sobald Trump das Amt verlässt, sehe ich gute Chancen für eine Rückkehr zu einer traditionelleren Politik. Trump hat den Beziehungen zu den NATO-Partnern enormen Schaden zugefügt. Dieser Schaden muss repariert werden. Er war völlig unnötig. Aber ich glaube, das ist möglich. Und je früher wir damit beginnen, desto besser.

Pindur: Das sehe ich nicht unbedingt so, etwa wenn J.D. Vance der nächste Präsident würde.

Bolton: 2016 hat JD Vance Trump mit Hitler verglichen.

2022 wollte er Senator von Ohio werden, und plötzlich war Trump sein bester Freund. Dann wollte er Vizepräsident werden, und die Freundschaft wurde noch enger.

Ich halte Vance für äußerst opportunistisch. Wer weiß schon, was er 2028 denken wird?

Pindur: Deutschland und andere europäische Staaten geben inzwischen deutlich mehr Geld für Verteidigung aus. Spät, aber sie tun es. Sie hofften, sich damit mehr Sympathien in der amerikanischen Öffentlichkeit und bei beiden Parteien zu sichern. Das scheint nicht wirklich zu funktionieren. Oder doch?

Bolton: Doch, ich glaube, das hat einen erheblichen Effekt.

Wenn man sich anhört, was Kongressabgeordnete sagen, besonders Republikaner, dann heißt es oft: Donald Trump hat die Europäer dazu gebracht, mehr für Verteidigung auszugeben. Und das ist gut. Damit schmeicheln sie Trump und schreiben ihm den Erfolg zu, was teilweise auch gerechtfertigt ist. Aber die eigentliche Botschaft an Europa lautet: Macht weiter so.

Pindur: Donald Trump scheint stärker daran interessiert zu sein, Geld für seine Familie zu verdienen, als internationale Beziehungen zu gestalten. Die Historikerin Anne Applebaum bezeichnet das als Korruption.

Bolton: Ich glaube, viele Amerikaner werden das ähnlich sehen.

Sollten die Demokraten die Mehrheit im Repräsentantenhaus gewinnen, werden sie zu allem Anhörungen durchführen. Für Trump wären das zwei sehr unangenehme Jahre.

Vieles davon wird außerhalb Washingtons kaum Aufmerksamkeit erhalten. Aber eines dringt durch: Korruption, Vorteilsnahme, Geld verdienen auf Kosten des Staates. Am Ende begnadigt Trump vielleicht sich und seine Familie. Aber je nachdem, wie die Anhörungen laufen, könnte ihr Ruf erheblich leiden.

Pindur: (Was halten Sie von dem völlig unprovokierten Konflikt mit Kanada? Kanada war wahrscheinlich der engste Verbündete der USA.

Bolton: Darin liegt keinerlei Vorteil. In seiner ersten Amtszeit hat Trump das nordamerikanische Freihandelsabkommen neu verhandelt. Heute heißt es USMCA. Damals bezeichnete er es als das beste Handelsabkommen aller Zeiten.

Und dann kommt er zurück ins Amt und entscheidet einfach, es infrage zu stellen. Ohne erkennbaren Grund.

Er mochte Justin Trudeau, den früheren Premierminister, nicht. Er hat ihn öffentlich herabgewürdigt. Das hat die Stimmung in Kanada beeinflusst, den konservativen Kandidaten geschwächt und letztlich Mark Carney geholfen. Das ist ein weiteres Beispiel dafür, dass Trump die Folgen seines Handelns nicht durchdenkt.

Ein Freund von mir sagte einmal: Zwischen Trumps Gehirn und seinem Mund gibt es keinen Filter. Der Konflikt schadet Kanadiern und Amerikanern gleichermaßen. Zölle sind Steuern für die eigene Bevölkerung. Trump sagt, er werde Kanada bestrafen, indem er die Steuern für Amerikaner erhöht. Carney sagt, er werde es Trump heimzahlen und die Belastungen für Kanadier erhöhen. Das ist schlicht unsinnig.

Im Grunde gilt dasselbe für die meisten seiner Zölle.

Es gibt Probleme im internationalen Handelssystem, vor allem mit China. Gemeinsam mit unseren Verbündeten hätten wir diese Herausforderungen angehen können. Stattdessen führt Trump wirtschaftliche Konflikte mit den eigenen Freunden und erschwert damit den Umgang mit China.)

Pindur: China ist nicht nur ein Handelsproblem, sondern auch ein Sicherheitsproblem. Präsident Xi hat mehrfach mit einer Invasion Taiwans gedroht. Glauben Sie, die USA würden Taiwan im Ernstfall verteidigen?

Bolton: Ich bin sehr besorgt, dass Trump Taiwan nicht verteidigen würde. Bei seinem China-Besuch vor einigen Monaten erklärte er sinngemäß, das 14-Milliarden-Dollar-Waffenpaket für Taiwan sei eine Verhandlungsmasse. Das hat in Taiwan große Besorgnis ausgelöst, und zwar zu Recht. Entscheidend ist, China von einem Vorgehen gegen Taiwan abzuschrecken.

Ich glaube nicht, dass China tatsächlich eine Invasion Taiwans will. Wahrscheinlicher ist, dass Peking eine politische Krise erzeugt, anschließend eine Blockade um Taiwan legt und dann beobachtet, ob die USA eingreifen. Und ich fürchte, Trump würde eine solche Blockade nicht aufbrechen.

So könnte China die Insel übernehmen, ohne sie durch eine Invasion zu zerstören.

Pindur: Kommen wir zur Innenpolitik. Die hohen Lebenshaltungskosten scheinen derzeit für viele Amerikaner das wichtigste Thema zu sein. Von Eiern bis Diesel wird alles teurer. Welche Auswirkungen wird das haben?

Bolton: Ich denke, das wird den Republikanern wahrscheinlich schaden. Aber Trump scheint das egal zu sein. Das sollte den Republikanern im Kongress klarmachen: Es geht hier nur um Trump, nicht um die Partei. Er hat die Republikaner in Gefahr gebracht, das Repräsentantenhaus und sogar den Senat zu verlieren. Er denkt nur an sich. Deshalb sieht er nicht, dass vieles, was er tut, der Partei bei den Wahlen schadet. Und damit auch ihm selbst. Er hat einfach eine sehr kurze Aufmerksamkeitsspanne.

Pindur: Was erwarten Sie für die Zwischenwahlen?

Bolton: Wenn ich heute eine Prognose abgeben müsste, sieben Wochen vor der Wahl, dann würden die Republikaner das Repräsentantenhaus verlieren. Im Senat ist das Rennen aus meiner Sicht derzeit völlig offen.

Pindur: Vielen Dank.

Bolton: Sehr gerne, danke Ihnen.